

Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Landtag) am 23. Januar 2025

Anfrage der Abgeordneten Dr. Emanuel Herold, Dr. Franziska Tell, Dr. Henrike Müller und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Russland stuft Osteuropa-Studien als „extremistisch“ ein: Folgen für die Wissenschaftsfreiheit in Bremen?

Zu Frage 1:

Die Einstufung der DGO, dem größten Verbund der Osteuropaforschung im deutschsprachigen Raum, als „extremistisch“ wird vom Senat entschieden abgelehnt. Es handelt sich um eine gezielte Kriminalisierung der deutschen Osteuropawissenschaft im Kontext des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine, mit dem Ziel, unabhängige Forschung zu Russland-bezogenen Themen zu erschweren.

Zu Frage 2:

Die Forschungsstelle Osteuropa, eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung an der Universität Bremen, ist eine Zweigstelle der DGO. Von der Einstufung sind ferner Personen betroffen, die mit der DGO zusammenarbeiten und denen in Russland nunmehr langjährige Haftstrafen drohen.

Zu Frage 3:

Der Senat bekennt sich nachdrücklich zur Wissenschaftsfreiheit in Bremen und zur Tätigkeit der DGO und unabhängiger Osteuropaforschender. Die wissenschaftliche Arbeit kann insofern beeinträchtigt sein, als dass Reisen nach Russland und in Staaten in seinem Einflussbereich für den o.g. Personenkreis mit hohen Risiken verbunden sind und auch Menschen, die in Russland mit den Institutionen der DGO zusammenarbeiten, gefährdet sind. Da betroffene Personen bei Reisen nach Russland durch das Land Bremen effektiv nicht geschützt werden können, unterstützt der Senat Sensibilisierungsmaßnahmen bzgl. der Folgen der Einstufung.